

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

255 (31.10.1919)

Beilage zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Minister Dr. Wirth über die Beschaffungsbeihilfe und die finanzpolitische Lage.

Im Nachstehenden geben wir die bedeutsame Rede wieder, die Finanzminister Dr. Wirth anlässlich der Verhandlungen über die Beschaffungsbeihilfe vorgetragen im Landtag gehalten hat. Der Minister führte aus:

Nach den eingehenden Ausführungen des Herrn Abg. Marum erwidert es sich wohl für mich, nach große Ausführungen zu machen. Ich habe Ihnen nur im Namen des Staatsministeriums mitgeteilt, daß wir aus wirtschaftlichen und — ich betone das — insbesondere aus politischen Gründen dem Antrage des Haushaltsausschusses beitreten. Wir würdigen das Vorgehen des Haushaltsausschusses, und wir sind unersetzlich geneigt, den Beschlüssen des Landtags sofort zu entsprechen. Ich darf wohl hinzufügen, daß es die Überzeugung aller Richtungen dieses hohen Hauses ist, daß nur dadurch, daß auf allen Seiten weitgehende Opfer, auch Opfer der Überzeugung gebracht worden sind, eine schwere Krise innerhalb der Regierung wie innerhalb des Landtags vermieden worden ist. Ich glaube, daß man dieses Opfer draußen beim badischen Volk wie auch bei der Arbeiterschaft und Beamtenschaft zu würdigen verstehen wird. Ich weiß leider, daß es Kreise gibt, die solche Opfer während der Verhandlungen nicht zu würdigen verstanden. Ich habe es mit Ihnen wie auch mit der Arbeiterschaft und Beamtenschaft, soweit sie in den Verbänden organisiert ist und sich auch führen läßt, bedauert, daß unliebsame Vorlesungen während der Beratungen über diese Anträge von Seiten der Parteien uns gemeldet worden sind. Die Vorkämpfer in Schwaben und anderen Orten waren außerordentlich. Ich habe schon im Haushaltsausschuss darauf hingewiesen, daß diese wenn auch kleinen Zeichen der Verirrung politischer Art doch geeignet sind, in uns die schwersten Bedenken nach zu rufen, ob es gelingen kann und gelingen wird, den Volkstakt, in dem wir doch, glaube ich, zur Stunde leben, so fest zu verankern, daß er vor Angriffen irgendwelcher Art gesichert ist und sich auch in schweren Zeiten der Not, die wir gewiß doch durchlämpfen müssen — ich erinnere an die Kohlennot — behaupten kann. Ich glaube, es ist nicht unnützlich, wenn ich bei dieser Gelegenheit auch von dieser Stelle aus die §§ 1 und 2 der badischen Verfassung noch einmal in das Protokoll des Landtags eintrage.

Nach § 1 unserer neuen Verfassung ist Baden eine demokratische Republik, und nach § 2 ist Träger der Staatsgewalt das badische Volk. Es wird mir soeben zugerufen: Das wissen wir. Ich möchte aber hoffen und wünschen, daß alle Kreise unseres Volkes dieses Wissen zeigen wollen (Sehr gut!), denn das, was drinnen in Schwaben und in Heilbronn vorgegangen ist, das zeugt von einem Mangel an dem A. C. der Demokratie (Sehr richtig!). Ich habe mich bei verschiedenen gewerkschaftlichen Vertretern umgesehen und mir Urfragen erlaubt, ob ihnen aus der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ein solcher Vorgang bekannt ist, daß inmitten einer Verhandlung der eine Teil die Arbeit niederlegt. Ich glaube, in der Gewerkschaftsbewegung sind solche Vorfälle kaum bekannt (Sehr richtig!). Das ist aber der erste Vorfall in der parlamentarischen Geschichte eines Landes, daß eine Gruppe von Arbeitern, die ich als irreführend bezeichne, dem Landtag gegenüber derartig demonstrieren, denn der Landtag ist doch in einer demokratischen Republik die Vertretung des Volkes, und über dem Landtag ist kein staatliches Organ, auch die Regierung nicht, an das etwa eine solche Gruppe von Arbeitern und Beamten noch appellieren könnte.

So bedauerlich diese Vorgänge in Schwaben waren, sie sind in Heilbronn, Gott sei Dank bisher nur in einem Einzelfalle, schon überholt worden, in dem ein Bäcker aus Ruit darüber, daß der Landtag die Beschaffungszulage noch nicht genehmigt hat, eine Lokomotive beschädigt hat (Hört, hört!). Ich will Ihnen aber bei dieser Gelegenheit sofort eröffnen: wer Gewalt gebraucht und die Würde des Gesetzes verletzt, für einen solchen Menschen ist kein Raum in einem staatlichen Betrieb, ob er Beamter oder Arbeiter ist (Lebhafter Beifall). Der Betreffende ist bereits entlassen (Beifall). Ich habe ge-

glaubt, das sagen zu müssen, um Ihnen von der erregten Stimmung, wie ich glaube, kleiner Kreise Mitteilung zu machen. Der Staat gibt sich auf und das Volk, das solches ertragen will, auch nur tagelang, hat sich aufgegeben und verdient eine Periode des Glendes und der Verelendung durchzumachen. Und was hernach käme, darüber sind wir und wohl alle von rechts und von links nicht zweifelhaft: Nach der Periode des Chaos und des Niedergangs käme eine schonungslose Reaktion. Die junge Republik könnte schon in diesem Winter nach kaum einjährigem Bestehen bereits ihre größte Enttäuschung erleben und wäre dann nur eine Episode gewesen.

Vorhin hat Herr Berichterstatter in einer kurzen Bemerkung darauf hingewiesen, es wäre wohl notwendig, daß die deutschen Länder — jetzt darf man ja nicht mehr von Bundesstaaten reden, man muß von Ländern sprechen; nach meiner Überzeugung sind sie auch nichts anderes mehr als gehobene Provinzen (Abg. Dr. Schöfer: Hört, hört! Heiterkeit links) — daß die deutschen Länder wenigstens in der Politik der Teuerungsbekämpfung wie hinsichtlich der Ordnung der Gehalts- und Lohnsätze einseitlich vorgehen müßten. Ich schließe mich dem Wunsche des Herrn Vorredners gerne an und ich darf bei der Gelegenheit mitteilen, daß wir vor kurzem in Bamberg, wo die Finanzminister aller deutschen Länder beisammen waren, diesen Gedanken eingehend durchgesprochen haben. Ich halte es für ein unbedingtes Erfordernis, daß im Laufe dieses Winters sich das Reich und die Bundesstaaten, oder wie ich sie vorhin nannte, die Länder, darüber vereinbaren, welche Tarif- und Gehaltsstaripolitik sie im nächsten Jahre verfolgen wollen. Auf die Dauer geht es doch nicht an, daß jedes Land dem anderen den Rang abläuft (Sehr richtig! links). Vom Standpunkte der Beamten ist das vielleicht eine Zeit lang günstig und für die Arbeiter mag es für eine kurze Dauer günstig erscheinen, wenn, nachdem heute Baden einen Lohnsatz abschließt, morgen Württemberg und übermorgen Bayern folgt und darauf nach einer Weile Preußen oder Sachsen. Denn es ist doch klar: Gewerkschaftlich geschulte Führer werden es erreichen, daß bei jedem folgenden Lohnsatz irgend eine Verbesserung gegenüber dem anderen erzielt wird. Ist denn die Munde gemacht, so kommen, wie wir das ja zur Stunde erleben, die Arbeitgebervertreter der Organisationen und sagen: Der Lohnsatz, den Sie im Frühjahr mit uns abgeschlossen habt, ist in so und soviel Punkten überholt! Bitte zieht daraus die Folgerungen!

Aber, es erfüllt mich die Frage mit tiefster Besorgnis, ob bei einer Fortdauer dieses Wettrennens das Reich, das ja im Jahre 1921, verfassungsmäßig die Eisenbahnen übernehmen soll, auf Grund seiner finanziellen Mägen überhaupt in die Lage kommen kann, den „Kuchen“ essen zu können, der ihm aus den Tarifverträgen mit den Ministern der einzelnen Bundesstaaten zubereitet und nachher überreicht werden wird. Mir scheint das zweifelhaft zu sein.

Ich habe es bei dem vom 1. Oktober dieses Jahres an gehenden Übergang der Finanzverwaltung an das Reich gesehen, daß gerade in den Kreisen der Beamten weitestgehende Hoffnungen gehegt werden, als ob später beim Übergang der Wägen an das Reich wie jetzt bei der Finanzverwaltung geradezu „paradiesische Zustände“ herbeigeführt werden könnten. Ich bin der Meinung, daß viele von denen, die jetzt mit Freuden Reichsbeamte geworden sind, was die Verdrückung persönlicher Wünsche z. B. bei Gehalts- und Tarifordnungen anbelangt, sich bald stark nach den einfließen, wenn auch kleinen Reichsgehältern Baden zurücksehen werden, wenn auch in dem Reichslohn kein Huhn war — leider Gottes war das in früheren Zeiten gerade bei der Eisenbahn nicht der Fall —.

Die Hoffnungen, die gehegt werden und dahin gehen, ein größerer staatlicher Organismus, wie das Reich ihn darstellt, werde in die Lage kommen, alle die Wünsche erfüllen zu können, die nunmehr von allen Seiten in Berlin zusammenströmen, sind nach meiner Auffassung eitel. Ich hoffe, in wenigen Tagen wird es dazu kommen, daß endlich im Reichsrat und in der Nationalversammlung der Gehalte eines einheit-

lichen Vorgehens zur Tat erhoben wird; ich nehme an, daß einige der Länder die Initiative ergreifen werden.

Der Herr Abg. Marum hat in zutreffender Weise die Lage unserer badischen Staatsfinanzen geschildert. So wie ich jetzt hier stehe, bin ich leider um eine starke Hoffnung ärmer geworden. Ich hatte nämlich die Hoffnung gehegt, auf Grund der außerordentlichen steuerlichen Belastung dieses Jahres, insbesondere durch den ersten und zweiten Nachtrag, würde der badische Staat in die Lage versetzt werden, wenigstens doch für die Mehraufwendungen dieses Jahres für Eisenbahnarbeiter und für Beamte der Eisenbahn, allerdings nur für Teile der Mehraufwendungen, die Überschüsse aus der allgemeinen Staatsverwaltung zu verwenden. Die Hoffnung ist dahin! Aber Sie, meine Damen und Herren, erfüllt wie mich das Schicksal der Eisenbahnen in diesem wie im kommenden Jahre mit tiefer Sorge. Für absehbare Zeit sind wir vor einen Bankrottbetrieb gestellt (Sehr richtig!). Denn wenn wir dieses Jahr die Eisenbahngelder um 200 Millionen Mark und damit auf rund 800 Millionen Mark vermehren müßten und wir jetzt in den Tagen, da das neue Budget für 1920 aufgestellt wird, sehen müssen, daß heute schon — trotz der Erhöhungen der Personen- und Gülertarife — allein für den Betrieb im Jahre 1920 ein Defizit von 138 bis 140 Millionen feststeht, wenn man außerdem noch die Lasten in Betracht zieht, daß für Verzinsung und Amortisation weitere 50 Millionen Mark nötig werden, wenn ferner angenommen wird, daß im nächsten Jahre 77 Millionen für den Bau erforderlich sind, die auch nur durch Kredit beschafft werden können, wenn wir weiterhin konstatieren müssen, daß die allgemeine Staatsverwaltung nicht, wie in diesem Jahre, vielleicht rechnungsmäßig mit einem Überschuss abschließt, sondern auch mit einem Defizit und zwar in Höhe von 45 bis 50 Millionen (Abg. Dr. Schöfer: Hört! Hört!) —, so haben wir das Recht, ja wir haben die Pflicht, dieser schweren Lasten ins Auge zu schauen. (Sehr richtig!) Die schmerzliche Enttäuschung aber, die ich auf dem Kosten als Finanzminister erlebte, bestand darin, daß ich bei Besprechungen mit einer Reihe von Beamten und Arbeitern und außerdem in Versammlungen die Wahrnehmung machen mußte, daß man für den Gedanken, wie man denn in der Zukunft leben solle, nur sehr geringes Verständnis fand. (Sehr richtig!) Sollen wir denn nur Politik auf 6 Wochen machen? Es ist eine Deputation bei mir gewesen und hat die Auszahlung eines Ausschusses verlangt, noch ehe der Landtag die Forderung gefasst hat. Ich habe das früher schon betont und konstatierte es heute wieder: Ich muß verlangen, daß wir hier im Landtag eine Politik vertreten, die doch mindestens auf ein Jahr hinaus sich mit einiger Zuversicht und Gewissenhaftigkeit vor dem Lande sehen lassen kann. Wir haben, glaube ich, eine Politik dieser Art getrieben. Aber es will mir scheinen, daß in weiten Kreisen unseres Volkes nicht das genügende Verständnis für die Schwierigkeiten vorhanden ist, die uns in den nächsten Jahren bevorstehen.

Der Herr Abg. Marum hat hervorgehoben, daß der Landtag, wie er hier versammelt ist, im nächsten Jahre nicht mehr in die Lage kommen wird, eine neue große steuerliche Belastung unseres badischen Volkes vorzunehmen. Meine Damen und Herren, in Berlin ist man zurzeit daran, die kommende große Reichseinkommensteuer auszuarbeiten. — Sie wissen — und Sie haben es in der Kommission aus meinem Munde gehört —, daß mit der Reichseinkommensteuer eine gewaltige Belastung des Einkommens für unser gesamtes Volk kommen wird, für alle diejenigen besonders, die ein namhaftes Einkommen haben. Es ist ausgeschlossen, soweit wir die Verhältnisse überblicken können, daß wir in Baden überhaupt auf Grund des kommenden Gesetzes in die Lage kommen werden, Zuschläge zur Reichseinkommensteuer erheben zu können. Ich glaube nicht mehr daran! Was aber noch viel beachtenswerter ist, und was ich insbesondere die Herren zu beachten bitte, die in Gemeindevertretungen, im Bürgerausschuss oder Stadtrat, Sitz und Stimme haben: Auch die Städte

Ausländische Erzählkunst.

Von Will Scheller.

Die Friedensurkunden sind ratifiziert. Die Erklärung des Kriegszustandes ist in absehbarer Zeit zu erwarten. Die Kulturvölker wollen zur Ruhe kommen, der Menschheitsgedanke will wieder ans Licht. Verjüngung ist das Ziel aller Medischen auf allen Seiten. Wo wäre sie aber am ehesten zu erreichen, wenn nicht auf geistigem Gebiet? Welcher Weg wäre gangbarer als der literarische? Und möge es den Schaulustigen hüben und drüben zum Trost gesagt sein: es gibt keinen literarischen Internationalismus, er trage sich denn brutal und schamlos der jeweiligen Schöpfung auf, ihren Kunstwert, ihre innere Wirkungskraft vernichtend. Das wirkliche Kunstwerk hat tiefe Wurzeln, von denen die stärksten, auch wenn es von fremdem Geist befruchtet ist, immer noch in heimischem Erdreich stehen. Deshalb ist es ohne Gefahr für die nationale Gesinnung, ein echt französisches Werk, beispielsweise, kennen zu lernen; gefährlich ist nur jene journalistische Dialektik, die Thomas Mann als das symptomatische Attribut des Zivilisationsliteraten in seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen“ nicht ohne Leidenschaft bekämpft. Der deutsche Geist findet immer noch im Verkehr mit den fremden Völkern für sein Wachstum. Darum erscheint es nützlich und angenehm, auf gute Bücher des Auslandes hinzuweisen zu können.

Louis Couperus ist nun zwar kein Franzose oder Brit, sondern ein Holländer, dessen groß angelegte historische Erzählungen in Deutschland schon eine starke Verehrerzahl besitzen. Sein neues Buch „Komödianten“ (Georg Müller Verlag, München) führt wieder in die Verfallperiode des römischen Kaiserreichs, in die Regierungszeit des gemütskranken Domitian. An den Schicksalen einer Schauspielertruppe, die während einer Festwoche in Rom auftritt, insbesondere zweier Knaben, Zwillingenbrüder, die bis in den kaiserlichen Palaß gelangen, wird im Verlauf einer reichhaltigen Bilderfolge die spätantike Kultur dem neugierigen Leser in warmer Farben und sachgetreuen Einzelbildern nahegebracht. Bekannte Figuren treten auf und verleihen den bunten Geschehnissen einen Schimmer von Wahrheit, den historische Darstellungen haben müssen, um wirksam zu sein: Plinius, Tacitus, Juvenal, Sueton, Martial lösen sich, scharf charakterisiert, aus der epischen Verflechtung und werden im

jeweiligen Ausdruck ihrer Gesinnung zu besonderen Spiegeln der Zeit, welche hier den ausschließlichsten Gegenstand einer unheimlich phantastischen Erzählung ausmacht. Wie sehr auch immer jene Handlung, welche eigentlich nur dient, die einzelnen Bilder zu verknüpfen, hinter deren Fülle und Eindringlichkeit zurücktritt, es geht doch eine intensive Spannung von jedem Abschnitt aus, welche zwingt, sich auch dem nächsten hinzugeben, und so fort, so daß am Ende der bedrohlich erscheinende Umfang dieses „Romans“, der keiner ist, sondern viel mehr als ein Roman, unbemerkt überwunden ist und eine unaussprechliche Erinnerung bleibt wie an einen Traum von nahezu orientalischem Märchencharakter. Diese „Komödianten“ von Louis Couperus gehören in der Tat zu denjenigen Dichtwerken, die vermöge ihres nicht leicht verjährenden, weil auf geschichtlichen Material und eigentümlicher Darstellungskunst aufgebauten Gehaltes wertvolle Bereicherungen jeder privaten oder öffentlichen Bibliothek anzusehen sind.

Neben dem kolossalisch wirkenden Holländer nimmt sich der Schwabe Per Hallström fast zierlich aus, obgleich er eine Größe der nordischen Literatur ist. Dies zeigt sich auch in seinem neuesten Buch „Die rote Rose“ (Insel-Verlag, Leipzig), worin sieben Erzählungen vereinigt sind. Ihre Motive sind, wie immer bei Hallström, dem Alltagsleben entnommen, und ihr Inhalt kristallisiert sich infolge dessen um Begebenheiten von an sich recht kleinem Format. Aber es ist die Eigentümlichkeit dieses Dichters, daß und wie er in diesen kleinen Dingen die großen spiegelt, oder besser gesagt, wie er aus diesen unscheinbaren Angelegenheiten das sehr Wichtigste, das in ihnen liegt, hervorholt. Da er sich ganz auf diese Fähigkeit einstellt, ist es natürlich, daß im short story, in der Novelle, seine schöpferische Begabung am vorteilhaftesten sich äußert. Das ist auch in diesem Buch nachzuprüfen, wo die umfangreichste Erzählung auch die schwächste ist, weil auf die Dauer das Element der Reflexion, das bei dieser Erzählart eine Hauptrolle spielt, das Gegenständliche überwuchert und die künstlerische Wirkung dadurch paralysiert. Um so stärkerer Eindruck rufen danach die übrigen Erzählungen hervor, die oft darin gipfeln, daß Schicksale, ins Allgemein-Menschliche gespannt, in einer scharf pointierten Szene kulminieren — wie beispielsweise die gefühlvolle Mutter beim Anblick eines aus der Erde gegrabenen Spielzeugs ihres ertrunkenen Knaben erst von der Erkenntnis der in diesem Kinderstichal beschlossenen Tragik, ihrer Schuld, übermannt wird. Bemerkenswert ist

auch, wie sich Hallström mit der Mythik des Alltags abgibt und den tieferen Zusammenhängen nachspürt, welche sich hinter dem Schein des Zufalls menschlichen Willens zu entziehen rücken. Diese Beschäftigung mit den inneren Geheimnissen der Weltordnung verleiht seiner Schreibweise den charakteristischen Ton einer Art von Schwermut, der allerdings durch eine gewisse Ironie gelegentlich gemildert wird.

Es fñhrt nun feinerliche Wäude von der Atmosphäre selbst dieses der Mythik nicht ermangelnden Buches zu denjenigen des Geschichtsbuchs „Der Spieler“ von N. N. Dojtojewski (Insel-Verlag, Leipzig). Im Gegenteil, es ist, gerade nach der Vertüre des Schwedes, zu bemerken, daß in den Erzählungen des Russen ein ganz anderer atmosphärischer Druck herrscht; es obwaltet sofort ein Gefühl des Fremdsinns, das bei der Vertüre des schwedischen, auch des holländischen, ganz der Vergangenheit gewidmeten Buches nicht statthatte. Das macht, der Leser ist nun nicht mehr in Europa, sondern in Rußland, in Galbasien. Der Schimmer in den Augen Dojtojewskischer Menschen ist uneuropäisch, das wird besonders deutlich in der Titelgeschichte, die in Baden-Baden, inmitten europäischer Zivilisation ihren Verlauf nimmt. Aber diese Geschichte, die das Gemütsleben des von der Spielwut Befallenen in der Isolation darstellt, wirkt noch nicht so stark wie die kleineren Erzählungen, etwa die von dem hohen Beamten, der in der Sektalune dem Einsatz folgt, die Hodgez eines Unterbeamten mitzumachen, um der Humanität willen, wobei gerade die Humanität einen grotesken Schiffsbruch erleidet; oder die von dem Gonzavien, den ein bescheidenes Glück um den Verlust bringt. Das sind Meisterwerke der Kunst Dojtojewskis, das spezifisch russische Lebensgefühl in natürlicher Melancholie und doch voll sturrischen Humors zum Ausdruck zu bringen mit einer Deutlichkeit, die seine Absicht jedem ohne weiteres verständlich werden läßt. Es ist zu begrüßen, daß diese weniger bekannten Werke des russischen Giganten in einer populären Ausgabe verbreitet werden. Denn wenn auch, wie D. J. Bierbaum es einmal richtig formuliert hat, unsere Liebe unmöglich bei Dojtojewski sein kann, dessen Ideale mit den unsrigen nichts zu tun haben, so können wir doch die selbstsichere Kraft unserer aus Hellas und Rom stammenden Kulturtriebe nicht besser beweisen, als indem wir sie ruhig dem Offizium aussetzen und zeigen, daß sie ihm gewachsen sind; so sehr, daß wir die prachtvoll entfalteten Elementarkräfte des russischen Genies als Schaulustige mit unverhöllener Bewunderung genießen können.

werden im nächsten Jahre nicht mehr in die Lage kommen, diese Zuschläge auf Einkommen und Vermögen machen zu können, wie wir sie in diesem Jahre zum Erschrecken nicht nur der oberen Zehntausend, sondern auch der Arbeiterschaft in den Gemeinden schon haben zuschlagen müssen. Ein Vertreter aus Mannheim, der auf der linken Seite des Hauses sitzt, nicht mir lebhaft zu, wenn ich an diese Dinge erinnere. Die Herren, die aus Mannheim stammen, werden wissen, welche Sorgen sie haben, und wo sie der Schatz drückt.

Was im nächsten Jahre vom badischen Landtag gegeben werden muß an Mehraufwendungen für Arbeiter und Beamte kann nur auf Kreditwirtschaft geschehen, nur geschehen, indem vom nächsten Jahre an der badische Staat Schulden macht. Es ist doch ganz klar, wir müssen Schulden machen, allein um das jetzt schon für das nächste Jahr feststehende Defizit der Eisenbahnen und der allgemeinen Staatsverwaltung zu decken und erst recht für die Mehraufwendungen im nächsten Jahre im Hinblick auf die Tatsache, daß die Arbeiter im Dezember den Lohnstufen kündigen. Aber für diesen Mehraufwand ist weder Steuerbedeutungsmöglichkeit da, noch die Hoffnung, daß ohne starke Anspannung des Kredits unseres Volkes diese Beträge überhaupt aufgebracht werden können. Die Arbeiter und Beamten müssen sich darüber klar sein, daß im nächsten Jahre, wie auch im Laufe des Winters, alles davon abhängt, die Kreditwürdigkeit unseres badischen Staates zu erhalten und womöglich zu heben. Derjenige, der sich an einem Streit beteiligt, sei es heute oder morgen, in diesem Winter oder im nächsten Jahr, ist ein Verräter nicht nur seines Landes, sondern seiner eigenen Sache und seiner eigenen Zukunft (Sehr richtig!). Ich verstehe aber nicht, daß alles Neben über die Beschaffungsmittel, daß alles Neben über die finanzielle Lage und der Verpflichtung nicht enthebt, in Notstandsfällen staatliche Mittel, auch wenn sie durch Kredit beschafft werden müssen, zur Verfügung zu stellen. Die Lebensnotwendigkeit muß dem Menschen gegeben werden, den Arbeitern und Beamten, allen Dienern des Staates und der Gemeinde. Wer ich will die Gelegenheit benützen, Ihnen mitzuteilen, daß wie dem Herrn Marum, auch mir, vielleicht noch in erhöhtem Maße, aus allen Kreisen unseres badischen Volkes nicht nur freundliche Schreiben, nicht nur grobe Schreien zukommen, nicht nur Briefe voll schmähtlicher Beleidigungen, sondern auch voll Drohungen und zwar Drohungen dahingehend, daß man Abrechnung halten wird mit der Regierung wie mit dem Landtag, wenn er seine Fürsorge nur einer Klasse zuwendet, wie die Leute sagen, der Arbeiter- und der Beamtenklasse. Verkennen Sie nicht mit mir, daß die Lage vieler Leute, besonders der Pensionäre, sei es daß sie aus privaten Betrieben kommen, sei es daß sie vom Lande kommen, die ein Leben der Arbeit hinter sich haben, die sich vielleicht ein kleines Vermögen erspart haben, die vielleicht auf Grund eines Vermögens von 30 bis 60 000 eine Rente im entsprechenden Umfang haben, daß diese Leute in tausend, abertausend Fällen der Verzweiflung nahe sind, und daß sie nicht nur mit Weid, sondern mit Drohung darauf hinweisen, daß der Staat sich ihrer bisher nicht in dem nötigen Maße angenommen habe. Aber das Maß der Fürsorge, das wir den Beamten und Arbeitern auch durch die jetzige Notlage zuwenden, wie wir es ihnen zugewendet haben insbesondere durch die außerordentlich große Ausgleichszulage in diesem Sommer, das sollte deshalb in weiten Kreisen unserer Arbeiter und Beamenschaft mehr gewürdigt werden. Ich habe in der großen Festhallenversammlung am letzten Freitag mir die Freiheit genommen, insbesondere an die jüngeren Arbeiter und Beamten die dringende Mahnung zu richten, sie sollten in ihrem äußeren Auftreten insbesondere an den Tagen, wo sie unverschämte Geldmittel ausbezahlt bekommen, ein derartiges Verhalten an den Tag legen, daß sie nicht aufreizend wirken. Ich könnte Ihnen ein Beispiel nennen. Ich habe in der Festhalle ein solches genannt, das mit ein Mitglied dieses Hauses erzählt hat, wie er mit einer Schar von jungen Arbeitern mit der Bahn nach Karlsruhe gefahren sei, und welche scabalen Reden geführt worden sind in Anwesenheit auch bürgerlicher Kreise. Ich scheue mich nicht, hier auch von dieser Stelle aus, wie in der Festhallenversammlung die dringende Mahnung auszusprechen, daß alle, die es gut meinen mit ihrem Stand und der Zukunft der Beamten und Arbeiterschaft sich vorsetzen und mildern und auflösend auf ihre Kollegen einwirken sollten. Ich bin verpflichtet, das auszusprechen. Es hat mir draußen in der Festhallenversammlung lebhaften Protest eingetragen, und ich glaube mich nicht getäuscht zu haben, auch in diesem Hause damit etwas Gernurmel auf der Tribüne herbeigerufen zu haben.

Ich möchte aber noch auf eines hinweisen: Mit Schimpfen werden wir nichts erreichen. Sie werden nichts besseres, wenn Sie nur von oben fortrügeln wollen und reden. Was wir an moralischer Verwüstung haben in 5 Kriegsjahren erleben müssen, kann man in einigen Wochen nicht wieder gut machen. Es werden viele Monate, ja viele Jahre der Erziehungsarbeit vergehen müssen, pädagogischer Arbeit an unserem gesamten Volke, um die Kriegsschäden moralischer Art wieder auszugleichen. Ich bin deshalb auch der Auffassung, daß die wütenden Artikel gegen die Eisenbahner und die Bergwerksarbeiter nicht nur nichts genützt, sondern viel geschadet haben (Sehr richtig!). Ich meine, wir wollen zunächst das eine versuchen, den Gedanken der Organisation in diese Kreise zu tragen. Organisiert Euch, das ist der dringende Ruf, den ich an alle Beamten und Arbeiter richte. Ich habe das getan in den ersten Tagen der Revolution und tue es auch heute wieder. Nur diejenigen, die außerhalb der Organisation stehen oder erst kürzere Zeit den Organisationen angehören, können in Zeiten der Not eine Gefahr für das Staatsleben, für den Staat an sich bilden; mit organisierten Arbeitern und Beamten wird man jederzeit wieder den Boden der Verständigung finden können, wenn eine feste Staatsgewalt vorhanden ist. Sie wissen, daß nicht nur die Sorge für die Beamten und Arbeiter uns berührt; wenn die Katastrophe sich verschärfen sollte, so stehen wir vor der Notwendigkeit, staatliche und gemeindliche Fürsorge im weitesten Umfang für diejenigen Kreise durchzuführen zu müssen, die durch die Katastrophe zur Arbeitslosigkeit verurteilt sind. Ich glaube, der Staat wird seine letzten Mittel aufwenden müssen, um hier äußerste Not abzuwehren, und ich meine, wenn wir mit unseren wenigen Mitteln häuslicherisch umgehen, daß wir den ganzen Winter hindurch kleinere Beträge zur Verfügung haben, dann wird uns auch derjenige dankbar sein, der meint, er sei durch die Beschlüsse der Haushaltskommission etwas enttäuscht worden.

Ich habe noch wenige Worte zu sprechen zu dem Antrag betreffs Prüfung der Hauptwerkstätten. Ich bin damit durchaus einverstanden. Ich wünsche, daß der Landtag, indem er noch Sachverständige bezieht, einen Einblick bekommt in unsere Hauptwerkstätten. Sie sollen sehen, daß es Tatsache ist, daß hier vielleicht manches vernachlässigt worden ist, daß wir in Jahren insbesondere, wo wir noch über Geld verfügen, technisch, organisatorisch nicht genügend fortgeschritten sind.

Alles in allem: Ihre Anträge entsprechen der wirtschaftlichen, sie entsprechen der politischen Lage des Landes. Ich bin bereit, Ihren Antrag sobald Sie darüber abgestimmt und Ihr Ja gesagt haben, alsbald zum Vollzug zu bringen (Beifall).

Deutsche Nationalversammlung.

Nachdem am Samstag in 2. und 3. Lesung die Novelle zum Finanzmonopol angenommen war, folgte die dritte Beratung des Staatsvoranschlags.

Finanzminister Erzberger führte dabei aus: Der Etat von 1918 hatte eine Gesamtausgabe von insgesamt 79 Milliarden Mark mit einer Gesamteinnahme von 2 1/2 Milliarden Mark. Für 1919 konnten wir zum erstenmal einen spezialisierten Etat aufstellen. Für 1920 hoffen wir bedeutend weniger mit Pauschquanten arbeiten zu können. Bisher wurde überall mit vollen Händen gewirtschaftet. Das hat aufgehört. (Beifall.) Der Etat für 1919 balanciert mit insgesamt 57.417 Millionen Mark. Ich werde eine Verordnung erlassen, nach der sämtliche Ansprüche, die aus Anlaß des Krieges erwachsen sind, in der Frist von drei Monaten anzumelden sind. (Beifall.) Bis zum 31. März 1920 muß und kann das alles erledigt sein. Für die Ausgaben für das Jahr 1919 kann das Reichsfinanzministerium erklären, daß es sich streng an die Beschlüsse des Hauses halten wird. Werden aber die Einnahmen auch eingehet? Nach dem Ergebnis der letzten fünf Monate kann das bejaht werden. Nach sorgfältiger Schätzung werden die alten Steuern, wie veranschlagt, 6 Milliarden einbringen, die neuen Steuern werden ebenfalls den Erwartungen entsprechen. Ein fester Posten für die Ausführung des Friedensvertrages konnte nicht eingelegt werden, denn wir können diese Summe nicht schätzen. Ein Teil davon ist in der Reichsschuld enthalten. Mit Zinsen würde man das deutsche Volk den schlimmsten Dienst erweisen. Eine noch so hoch gehaltene Ziffer würde von der Entente als zu niedrig bezeichnet werden. Die Gegenseite muß veranlaßt werden, die deutsche Leistungsfähigkeit zu prüfen und die Summe festzusetzen. Wir wollen den Vertrag loyal innehalten, aber mehr, als möglich ist, können wir nicht leisten. Der Friedensvertrag kann nur durch Güterleistung und Abtretung von Forderungen erfüllt werden. Darum ist eine klare Umschreibung unserer Leistungen aus dem Vertrag auch für die Feinde das Notwendigste. Die Transportverhältnisse und der Rohstoffmangel hinderten uns schon jetzt an den Erfüllungen unserer Verpflichtungen. Nur von dem Mehrwert über unser Existenzminimum hinaus können wir zahlen. Darum muß die Leistungsfähigkeit Deutschlands über dies Benötigte erhöht werden. Andernfalls leidet auch die Zahlungsfähigkeit Frankreichs. Werden wir zu sehr ausgefaßt, so werden wir in unserer Einfuhr uns immer mehr beschränken müssen. Unsere Einfuhr müßte sich ins Ungemessene steigern. Wir wären als Weltmarkt für das Ausland gar nicht mehr in Betracht. Darum hat die Entente und die gesamte internationale Arbeiterschaft das dringendste Interesse, daß unsere Leistungen aus dem Vertrag baldigst vernünftig umschrieben werden. Dieselben Folgen werden von unserer schlechten Valuta hergeleitet. Die Ränder mit großer Exportindustrie haben das größte Interesse, die Valutalabilität Mitteleuropas zu heben. Geht sich unsere Valuta, so können wir Rohstoffe zu ertäglichen Preisen einführen. Vielleicht hilft eine feste Anleihe, um das in der Welt sich herumtreibende deutsche Geld in seinem Wert zu konsolidieren. Das Volk muß sich selbst helfen, indem ein jeder seine Pflicht und seine Arbeit tut. (Beifall.) Die Stoppung des Lohnes im Westen, die Einschränkung der alten Zollgrenze und Maßnahmen gegen die Kapitalflucht kommen ergänzend hinzu. Wir werden die Bestrebungen, den Kredit durch den Veredelungsverkehr zu heben, in jeder Weise fördern. Wir werden die Einführung von Exportartikeln möglichst eindämmen. Die Verabminderung der schwebenden Schuld ist meine größte Sorge. Was der Reichstag an Besteuerungen genehmigt hat, ist mehr als alle Besteuerungen während des Krieges. Der Krieg hat uns nicht nur 90 Milliarden Kriegsanleihe gebracht, sondern auch noch 50 Milliarden schwebende Schuld. Diese mußte wachsen, weil der ganze Kriegsplan und seine Finanzen aufgebaut waren auf den Sieg und auf der Hoffnung, alle Kriegslasten dem Feinde aufzubürden. Wir tragen die Folgen des Hindenburgprogramms. Wir haben Neuausgaben gehabt über 5 Milliarden Mark für Lebensmittel und weitere Ausgaben für notwendige Unterstützungen. Alles andere sind Kriegsausgaben. Dazu kommt, daß wir im Kriege nicht einmal den Zinsendienst durch Steuern aufgebracht haben, ebenso wenig die Ausgaben für das stehende Heer und die Pensionen. Wir brauchen neue Anleihen. Mit den Sparprämien glauben wir dem Volke gedient zu haben. Wir sind einen Schritt weiter gekommen und werden nicht rasten. Wir bedürfen aber der Mitarbeit des ganzen Volkes (Beifall bei der Mehrheit).

Es beginnt die Einzelberatung. Beim Kapitel „Auswärtiges Amt“ erklärt auf Anfrage Minister Müller, es habe sich ergeben, daß in Deutschland natürlich keine französischen oder belgischen Gefangenen mehr sind. Die Rücksendung unserer Gefangenen wird bald beginnen. Ein polnischer Hauptmann hat angekündigt, daß jene Gefangenen aus Danzig, Posen und Oberschlesien, die für Polen sich entscheiden, sofort zurückkehren könnten, die anderen aber bleiben müßten. Wir haben dagegen schärfste Verwahrung eingelegt.

Bei dem Kapitel „Reichsheer“ erklärte Oberst Reinhardt: Die Ansätze für die Verpflegung der Truppen sind spärlich. Ungerechtigkeiten sollen ausgeglichen werden, doch kann bei der Beschaffung von Wehlüssen eine Anrechnung der erhaltenen Bezüge nicht ganz entbehrt werden. Die Unterkünfte werden besser geregelt werden können sobald die Truppenstärke feststeht. Die Verpflegung ist nicht schlechter geworden. Im März hatten wir allerdings noch Vorräte. Den Artikel Lubendorfs bedauerte ich, denn er trägt den Schwierigkeiten der leitenden Stelle nicht Rechnung. Ein Herz für die Soldaten hatte Lubendorf immer. Der Sinn für Wahrheit und der Sinn für das Soldatenhandwerk sind ein Gemeingut des deutschen Volkcharakters ohne Unterschied einzelner Kreise. Ich bin nicht hoffnungslos. Wir wollen die Pähne zusammenbeweisen. (Beifall.)

Zum Etatgesetz erklärt der Abg. Schulz-Bromberg (D. N.) namens seiner Fraktion, daß diese die Annahme des Etats ablehne. Die Gehälter usw. müßten natürlich bezahlet werden. Wir sind aber nicht in der Lage, die Verantwortung für einen Etat zu übernehmen, dessen Steuerlast nicht die Garantie geben, daß sie tatsächlich auch eingehet, und die Sparbarkeit vernichten lassen. (Beifall bei den D. N. Unruhe.)

Abg. Dr. Feins (D. N.): Wir sind nicht in der Lage, der gegenwärtigen Regierung unser Vertrauen auszusprechen. Wir werden daher gegen den Etat stimmen. (Unruhe.)

Abg. Seger (L. S. — mit Heiterkeit empfangen): Wir lehnen selbstverständlich den Etat ab.

Minister Erzberger: Von den Unabhängigen habe ich nichts anderes erwartet. Auch von den Erklärungen der Rechten bin ich nicht überrascht. Lebhaften Protest muß ich aber gegen die Begründung einlegen. Wann hätte jemals ein Etat die Garantie geboten, daß sein Vorschlag auch eingeht?

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Doehne (Dem.) weist Abg. Dr. Ragnide (Dem.) darauf hin, daß die Rechte selbst bedeutende Erhöhungen beantragt hätte.

Abg. Schulz-Bromberg (D. N.): Unsere Erklärung geht hervor aus dem tiefsten Mißtrauen gegen die Regierung.

Minister Erzberger: Das deutsche Volk wird Ihnen diese Ablehnung nicht so leicht verzeihen. Ihr Treiben ist vaterlandsfeindlich im schlimmsten Sinne des Wortes.

Abg. Scheidemann (So.): Ich freue mich über die Fortschritte, welche die Rechte gemacht hat. Als wir den Etat ablehnten, waren wir vaterlandslose Gesellen. Die Folgen Ihrer Weisheit sind es, unter denen wir leiden. (Unruhe rechts.)

Der Etat wird gegen die Stimmen der Oppositionsparteien angenommen.

Die noch ausstehenden Anträge der Rechten werden abgelehnt jense vom Zentrum angenommen. Die Petitionen zum Etat werden erledigt.

Der Entwurf einer 7. Ergänzung des Besoldungsgesetzes wird in 2. und 3. Beratung angenommen.

Eine Reihe von Petitionen sowie Berichte des Ausschusses für Volkswirtschaft und desjenigen für soziale Angelegenheiten werden erledigt.

Nächste Sitzung: 20. November, nachmittags 3 Uhr. Schluß 1 1/2 Uhr.

Badische Zeitungsstimmen

über nationale Erziehung

Schrieb dieser Tage der „Mannheimer Gen.-Anz.“ folgendes: „An Wissen und Können kann sich das deutsche Volk mit jedem anderen messen, ja, man darf kühnlich behaupten, daß die Volkserziehung in keinem Lande der Welt auf so hoher Stufe steht wie bei uns. Aber in puncto Nationalgefühl übertrafen und übertrifft uns noch unsere Hauptgegner, die Franzosen, Engländer und Amerikaner bei weitem. Es ist mir im Kriege vorgekommen, daß ich von Belgiern gefragt wurde, was der Rhein ist, wo Berlin liegt, und von der Existenz Mannheims wußten selbst Gebildete nichts. Aber niemals ist mir vorgekommen — und diese Erfahrung kann ich mit vielen teilen —, daß irgendein Franzose oder Belgier an dem schließlichen Siege der Entente gezweifelt hätte. Als ein französischer Bauer sein in der Gefangenschaft liegendes Gefäß räumen mußte, sagte er: „Ich alter Mann will auch das noch tragen, wenn nur Frankreich lebt.“ Darin liegt das Geheimnis der überragenden französischen Verteidigungskraft, die man von den Franzosen, der früher als Angreifer geachtet und gefürchtet war, nicht erwartet hatte. In unserer Jugend muß ein tiefes Nationalgefühl entwickelt und erogen werden. Nicht das Wissen, sondern das Wollen macht den Menschen. Darum muß der Wissensstoff beschränkt werden zugunsten der Heranbildung eines in Körper und Geist harmonischen Menschen. Alles Handwerksmäßige muß aus der Schule entfernt werden. Darunter verstehe ich die Veseitigung des Sanftfertigkeitunterrichts, ausgenommen etwa das Modellieren in der Unterstufe, das für den Anschauungsunterricht wertvoll ist. Was sollen alle Buchbinder-, Metall- und Söbelerarbeiten? Die Unterführung, die der übrige Unterricht dadurch empfängt, lohnt nicht Zeit, Mühe und Geld. Eine technische Fertigkeit als Vorbereitung für einen späteren Beruf kann und wird hier nicht erzielt werden. Mehr als früher muß die Forderung lauten: Erziehung zur Persönlichkeit, Bildung eines sittlichen Charakters. Aus diesem Grunde müssen auch die naturwissenschaftlichen Fächer beschnitten werden, damit Zeit für Deutsch, Heimatkunde, Geschichte, besonders Kulturgeschichte und Geographie gewonnen wird. Der Geschichtsunterricht, der das Leben der Völker, ihr Werden, Wachsen und Vergehen, ihre Fehler und Tugenden zusammenfassend darlegt, ist wie kein anderer Stoff geeignet, Liebe zur Heimat und zum eigenen Volke zu wecken und mitzuteilen, gute Menschen und Staatsbürger zu erziehen. Ein Lichtblick in der gegenwärtigen Zeit ist die überall wahrnehmbare spirituelle Weiterbildung der Jugend. Zu richtigen Bahnen gelenkt ist sie für die körperliche Erziehung unseres Volkes von der allergrößten Bedeutung. Und nicht allein die körperliche, sondern auch für die geistige Erziehung möchte ich gleich hinzusetzen; denn in dem Worte: In einem gesunden Körper ein gesunder Geist! steckt mehr als gemeinlich angenommen wird.“

Holzwaucher!

Der Freiburger „Volkswacht“ wird u. a. geschrieben: „Wenn wir schließlich auch für alle Dinge, die als direkte Lebensbedürfnisse des Menschen anzusehen und als solche in der Erzeugung und Verarbeitung viel teurer geworden sind, noch eine Spur von Entschädigung für deren Verwendung empfinden können, so scheidet diese Entschädigung völlig und reiflos aus, wenn es sich um das Holz als Brennmaterial oder als Baumaterial handelt. Unser badisches Land ist so reich mit Holzbeständen gesegnet, daß von einer Holznot im allgemeinen Sinne niemals gesprochen werden kann. Und jetzt, wo Arbeitskräfte überall zur Verfügung stehen oder zum mindesten beschafft werden können, kann es auch deshalb keine Holznot geben, weil die Hölzer nicht gefällt und gesägt werden können.“

Außerdem verlangt unser Herrgott für das Wachstum der Hölzer jetzt auch nicht mehr, als zu Friedenszeiten, und die Sonne liefert ihre Kraft immer noch ebenso kostenlos wie früher. Es ist also für die Beschaffung der Hölzer zu Brenn- oder Baug Zwecken nur der Nachschlag in Betracht zu ziehen, den der erhöhte Arbeitslohn und die gesteigerten Transportkosten verlangen.“

Wir fragen unter solchen gar nicht wegzuleugnenden Verhältnissen, mit welchem Rechte heute der Kubikmeter Bauholz bis zu 300 M. kostet, währenddem vor dem Krieg dafür nur 60—80 M. bezahlet worden sind? — Und die Verhältnisse auf dem Brennholzmarkt sind ebenso trauriger Art wie auf dem Bauholzmarkt. Woher kommt diese unbegreifliche und unerhörte Überforderung der Händler gegenüber den Konsumenten? — Es müssen hier offenbar Kräfte in Tätigkeit sein, welche die Mittel und die Macht in der Hand halten, um das wertvolle und bedürftige Volk in schamlosester Weise auszunutzen.“

Wenn wir auch verstehen können, daß vielleicht die Ausfuhrverhältnisse an den Nachbarstaaten für ein Velleitern des Auslandes höhere Holzpreise erheischen, so ist damit doch noch kein Grund dafür gegeben, daß auch die einheimische Bevölkerung derartig himmlische Preise bezahlen soll!

Wir haben eine intensive Belebung des Baugewerbes nötig, um die Wohnungsnot zu mildern und den Gewerbestand wieder betriebsfähig zu machen. Wir können nach Dergenzlust bauen und verhältnismäßig billig bauen; aber die Herren Holzwaucher machen uns diese so notwendige Belebung des Geschäftslebens unmöglich, weil sie ihr Holz nur zu solchen Preisen hergeben, die eine einigermaßen rentable Rentabilität völlig ausschließen.“

Wir fragen, warum hebt man viele Millionen Mark den Holzhändlern und Waldbesitzern in die Tasche, währenddem das Volk frieren und hungern muß? . . .